



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884 - 38
Fernschreiber 0886990

P/XIII/135 - 20. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Polen wartet ! Erfahrungen des Hochschulaustausches Bundesrepublik-Polen Von Dieter Bislerstein	118
4 - 5	Grenzgebiete Böhmens im Vordergrund Grosse Aufbaupläne - forcierte Industrialisierung	74
6	Krankhafte Ausfälle gegen Albert Schweitzer Pater Leppich als Propagandist für die Atombombe	31
7	Zusammengebrochene Hetze gegen Willy Brandt Ein begrüßenswertes Berliner Urteil	51

* * * * *
* * * * *

Polen wartet!

Von Dieter Bielenstein

Noch lange bevor der Aussenpolitische Ausschuss des Bundestages die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen diskutierte, haben die westdeutschen Hochschulen einen regen Austausch mit den polnischen Universitäten aufgebaut. Nach jetzt veröffentlichten Unterlagen des Verbandes Deutscher Studentenschaften reisten 23 Delegationen der Allgemeinen Studentenausschüsse, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und der Liberalen Hochschulgruppen seit dem Frühjahr 1957 nach Polen, während rund 30 polnische Studentengruppen in die Bundesrepublik kamen. Zahlreiche Einzelreisen, Besuche von Professoren und Gastvorlesungen, der ständige Austausch von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, und der wechselseitige Besuch von politischen Seminaren und Ferienarbeitslagern weiteten diese Verbindungen aus. Inzwischen studieren auch mehr als ein Dutzend polnischer Stipendiaten an unseren Hochschulen. Auf beiden Seiten waren insgesamt je etwa 400 Studenten an dem Austausch beteiligt und 20 westdeutsche Hochschulen stehen so in ständiger Verbindung mit ihren polnischen Kollegen.

Interessante Beobachtungen

Nun sollten uns diese beachtlichen Zahlen und umfangreichen Erfahrungen gerade jetzt zu denken geben. Die vielen Reiseberichte sprechen alle davon, dass die Kriegserinnerungen in der polnischen Bevölkerung noch sehr lebendig sind. Über die Bundesrepublik weisst man nur wenig, und diese Unkenntnis in Verbindung mit der oft einseitigen Berichterstattung der polnischen Presse bewirkt, dass man häufig dem westdeutschen Besucher mit Mißtrauen gegenübertritt und die Bundesrepublik als möglicher Friedensbrecher in Europa betrachtet.

Während englische, französische und amerikanische Zeitungen und Zeitschriften in den meisten Buchhandlungen und Kiosken ausliegen, zählen westdeutsche Presseerzeugnisse zu gesuchten Kostbarkeiten. Denn wenn auch die Furcht vor einem neuen Kriege und viele Vorbehalte gegenüber der Bundesrepublik wichtige Faktoren im Denken der polnischen Menschen sind, so ist doch gerade die junge Generation unendlich wissbegierig und verständigungsbereit. Die jungen Polen treten dem

20. Juni 1958

einzelnen westdeutschen Besucher freundlich, wenn auch reserviert, gegenüber. Zu einer Aussprache über politische Themen und zu einer Korrektur des eigenen Urteils sind sie jedoch immer bereit.

Wenn auch die politische Situation zeitlich und örtlich sehr verschieden ist, so kann man doch gerade an den polnischen Hochschulen Schritt für Schritt eine Entwicklung zu grösserer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit beobachten. Bewirkt durch die langjährige wirtschaftliche Ausbeutung, durch die militärische Besetzung und politische Unterdrückung und nicht zuletzt durch die Lostrennung der polnischen Ostgebiete ist eine antisowjetische Haltung offen oder untergründig überall feststellbar. Im Aussenverhältnis die internationale Isolierung und gleichzeitig die einseitige Abhängigkeit von Sowjet-Russland zu durchbrechen und innenpolitisch neue Formen einer gerechten sozialistischen Demokratie behutsam zu entwickeln - das sind die beiden wichtigsten Themen der jungen polnischen Intelligenz. Die Möglichkeit eines vertrauensvollen Verhältnisses zur Bundesrepublik spielt in diesem Denken keine geringe Rolle. Doch die Furcht vor einem neuen Krieg und das Unbehagen an einer denkbaren Missionierung durch Westdeutschland vermögen immer erneut diese junge politische Intelligenz in eine Oppositionsstellung zu uns an die Seite der Sowjets zu treiben. Das Unbehagen an einem Missionsauftrag westdeutscher Besucher wird oft durch verstandnislose Versuche geweckt, die polnischen Reformbestrebungen in eine Richtung zu drängen, die eine marktwirtschaftliche Ordnung mit ihren politischen Einflüssen des Grosskapitals, eine Erneuerung des Grossgrundbesitzes und eine geistige Restauration von vorgestern zur Folge haben würde. An diesem Punkt stösst jedes Gespräch auf ein hartes "Nein".

Die Aufgabe eines solchen Austausches ist also, geduldig um Vertrauen zu werben und eine Atmosphäre menschlich-politischer Verständigung an der Basis zu schaffen - als eine Voraussetzung späterer politischer Vereinbarungen. Dass es bei uns selbst eine Fülle von Vorurteilen gegenüber dem polnischen Volk und seinen sehr andersartigen politischen Vorstellungen zu überwinden gilt, sollten wir dabei nicht vergessen.

Auswärtiges Amt brennt

Nun sind dieser Bericht und seine oben dargestellten Schlussfolgerungen das Ergebnis einer sehr sorgfältigen Analyse des Verbandes Deutscher Studentenschaftler aus Dutzenden von einzelnen Reiseberichten.

Dieser überparteilichen Organisation geht es dabei wahrhaftig um die Sache! Dass noch vor einem Jahr das Auswärtige Amt die Visaerteilung verhinderte oder verzögerte und dass bis heute der Austausch mit Polen völlig unzureichend finanziell unterstützt wird, hat bereits den Protest des VDS hervorgerufen. Zahlreiche Austauschprojekte haben sich aus diesen Gründen zerschlagen. Während die Bundesregierung nach Spanien Stipendien vergibt, müssen die Stipendienmittel für Polen meist mühsam aus privaten Quellen aufgebracht werden. Das Auswärtige Amt und daher auch der Deutsche Akademische Austauschdienst lehnten eine Förderung bisher ab.

Der VDS erklärte kürzlich, dass die Studentenschaft ihre Möglichkeit zum Aufbau von Hochschulbeziehungen mit Polen ausgenutzt, aber ihre finanziellen Mittel nunmehr erschöpft habe. Wenn die Bundesministerien und einige Hochschulleitungen ihre Haltung nicht änderten, müsse diese Arbeit zum Erliegen kommen.

Appell an den Bundestag

Der VDS wird sich in nächster Zeit in dieser Sache an den Bundestag wenden. Seine Erfahrungen, die mit viel Mut und Geschick auf politischem Neuland durch private Initiative gesammelt wurden, sollten einige Abgeordnete wenigstens kennen. Die Studenten planen auch, die Internationale UNESCO-Kommission in Paris zu ersuchen, in Warschau und München Treffen zwischen polnischen und deutschen Wissenschaftlern und Studenten zu veranstalten.

Da auch der Deutsche Bundesjugendring demnächst seine Verbindungen zu polnischen Jugendorganisationen diskutieren will, ist ernsthaft zu fragen, ob die Förderung kultureller Beziehungen zu Polen länger der Entscheidung der Ministerialbürokratie überlassen bleiben soll. Zwischen 1945 und 1950 wurde in zahllosen Treffen und Gesprächen in Westeuropa und in den USA durch private Organisationen eine Vertrauensbasis geschaffen, die politische Verhandlungen überhaupt erst möglich machte. Hunderte von Jugendlichen, Gewerkschaftern, Professoren und Journalisten reisten damals nach Frankreich oder Holland. Oft wurden sie, die ersten Botschafter des guten Willens und einer neuen demokratischen Ordnung, zurückgewiesen. Durch ihre unermüdliche Vorarbeit gewann die Bundesrepublik wieder Anerkennung und Vertrauen bei ihren westlichen Nachbarn. Weil die westdeutsche Bevölkerung die Verständigung suchte, konnte der Bundeskanzler später politisch verhandeln. Für diese Aufgabe, die man damals in ihrer Bedeutung erkannte, wurden Millionen öffentlicher Mittel bereitgestellt, weil sie finanziell über die Kräfte der Privatinitiative hinausgeht.

Heute stehen wir vor der gleichen Aufgabe im Osten. Die Saar-Folgebfrage belastet sicherlich alle Gespräche mit Polen schwer. Aber während der ersten Treffen in Frankreich schwebte auch noch das Saar-Problem, und doch waren diese Gespräche möglich und sinnvoll. Konkrete politische Entscheidungen ergaben sich erst Jahre danach. Will sich die Bundesregierung dieser Aufgabe einer ersten Verständigung mit Menschen in den osteuropäischen Staaten entziehen? Oder will sie den Eisernen Vorhang dieses Kaltes von sich aus zwischen Polen und uns senken; gegen den Willen derjenigen, die zur Verständigung bereit sind?

Grenzgebiete Böhmens im Vordergrund

rh. Die beiden böhmischen Kreise Aussig und Karlsbad werden derzeit von den Zeitungen in der Tschechoslowakei als Kreise bezeichnet, "auf die es ankomme". Sie gehören nämlich mit dem Kreis Ostrau zu den drei Kreisen in den Ländern Böhmen und Mähren, auf die sich der industrielle Ausbau des Staates in den nächsten Jahren konzentrieren wird und die man zu den wirtschaftlichen Schwerpunkten des Staates machen will. Diese Schwerpunktbildung basiert auf dem Kohlenvorkommen - im Ostrauer Gebiet das grösste Steinkohlenvorkommen in der Tschechoslowakei, in den Kreisen Aussig (Brüxer Revier) und Karlsbad (Falkenauer Revier) Braunkohlevorräte von einem solchen Ausmass, dass hier laut Parole des Prager Regimes die "Kohlenschlacht der Tschechoslowakei" im Gange ist.

Während der letzten Jahre ist der Strom der Investitionen vor allem in den Ostrauer Kreis geflossen, wo sich das "Eiserne Herz der Republik" befindet; zu den international bekannten Wittkowitz Eisenwerken kam nach dem Kriege das "Hüttenkombinat Klement Gottwald" in Kunzendorf bei Ostrau, das noch ständig ausgebaut wird und zu einer Mamutschmiede von Stahl und Eisen gemacht werden soll. Eine gigantische Walzstrasse werden in diesem Jahr die Sowjets liefern. Die Kohlenförderung entsprach, vor allem im Vorjahr, nicht den Erwartungen und man musste sich mehr auf die Braunkohle verlassen. Das hat mit dazu beigetragen, einen ganz neuen Industrialisierungsplan zu entwerfen und das Schwergewicht der Investitionen auf die böhmischen Kreise Aussig und Karlsbad zu verlegen. 40 Prozent aller Bauarbeiten in Böhmen-Mähren werden im Jahre 1960 auf die drei Kreise Ostrau, Aussig und Karlsbad entfallen, wobei Ostrau nur noch nominell an der Spitze bleibt.

Schon heute sind die beiden Kreise Aussig und Karlsbad ein einziger, riesiger Bauplatz. Der Spruch der deutschen Heimatvertriebenen "Ihr werdet die Heimat nicht wiedererkennen!" trifft hundertprozentig auf diese beiden Kreise zu, deren bereits vor dem Kriege beachtliche Industrialisierung (die bis in die alte Donaumonarchie zurückreicht) in vielfach unheimlicher und unglaublicher Weise gesteigert wird. Im Kreise Aussig ist das Brüxer Revier in einem vollständigen Umbau begriffen, wegen einiger neuer Riesentagebaue verschwinden Ortschaften, wird das Strassennetz neu angelegt und werden neue Siedlungen (wie die

Saazer Vorstadt als Keimzelle eines modernen Gross-Brüx) geschaffen oder geplant. In Seestadt entsteht neben dem bestehenden E-Werk ein neues gigantisches Werk, bei Fleyh auf dem Kamm des Erzgebirges ist eine Talsperre im Bau, die das Industriegebiet und 140 Ortschaften mit Wasser versorgen wird. Das Hydrierwerk in Kalthewern bei Brüx wird mehr Kunstgummi und Kunstdünger erzeugen. In Wigstadt bei Aussig wird ein Papier-Kombinat errichtet, das man zum grössten Mitteleuropas ausbauen will. Dazu soll die Endbesiedlung des Aussiger Kreises, die noch viel zu wünschen übrig lässt, vorangetrieben und die Bewirtschaftung der vielfach vernachlässigten Grenzwälder neu organisiert werden. Es fehlen zwar überall die notwendigen Arbeitskräfte; aber man hat jetzt Slowaken herangeholt und für sie eine eigene durchgehende Schnellzugsverbindung von Brüx über Prag nach der Mittelslowakei geschaffen.

Im Falkenauer Revier des Karlsbader Kreises hat neben der Erweiterung der Gruben der Bau des E-Werkes von Einberg (Eisova) den Vorrang bei Zuteilungen von Material und Arbeitskräften. Zum E-Werk wird eine Seilbahn aus einer Sortieranstalt gebaut, um minderwertigere Kohle jederzeit in den erforderlichen Massen heranschaffen zu können. Der Strom von Einberg (nach Fertigstellung aller Bauabschnitte 400 Millionen kWh jährlich) wird eine Reihe von westböhmisches Industriezweigen neu beleben und die Gebiete der Weltstädter Karlsbad, Marienbad und Franzensbad zu tatsächlichen Reservaten in einer immer mehr industrialisierten Landschaft machen. Ausserdem erfasst die Suche nach Uranerzen ständig weitere westböhmisches Gebiete und bleibt nicht auf den Bezirk von Joachimsthal beschränkt.

Zu den früher auch für die Sudetendeutschen wichtigen Kreisen Karlsbad und Aussig kommt jetzt, da die Grenzgebiete Böhmens in den Vordergrund des Interesses rücken, noch der Kreis Reichenberg hinzu, der im alten Österreich zu den am stärksten industrialisierten Gebieten nicht nur Böhmens, sondern des ganzen Staates gehörte. Seine besondere Bedeutung in diesem Jahr verdankt er der jetzt "Reichenberger Ausstellungsmärkte" genannten Messe, die vom 17. August bis 7. September stattfindet. Nachdem die in Brüx geplante erste Internationale Messe der Tschechoslowakei (seit 1948) abgesagt werden musste, weil das Messegelände nicht fertiggestellt werden konnte, ist die Reichenberger Messe die einzige der Tschechoslowakei geblieben. Sie wird deshalb erweitert und einen Querschnitt der Gebrauchsideologie der heutigen Tschechoslowakei bieten.

Krankhafte Ausfälle gegen Albert Schweitzer

sp - Dass Pater Leppich zu den Leuten gehört, die mit den Tricks eines Marktschreiers ihre politische und sonstige Ware anbieten, ist hinreichend bekannt. Dass er sich in seinen Reden nicht scheut, die niedrigsten Instinkte anzusprechen, ist ebenfalls keine Neuigkeit. Neu dürfte jedoch sein, dass der gleiche Mann Menschen beschimpft, deren moralische Haltung in der ganzen Welt über jeden Zweifel erhaben ist.

Einem Bericht der "Allgemeinen Zeitung" in Mainz vom 19. Juni 1958 zufolge erklärte Pater Leppich in Wächtersbach, er bedauere, dass die Atombombe von Hiroshima heute "parteilich ausgeschlachtet" werde. In Hiroshima, das er selbst besucht habe, nehme das Leben seinen gewohnten Gang. Die Menschen hätten die Wirkungen der Atombombe "bereits wieder vergessen." Und dann wörtlich:

"Entschieden wandte sich der Pater gegen den Personenkult, der um Albert Schweitzer getrieben werde. Er bezeichnete Schweitzer als evangelischen Freimaurer des Sozialismus, während Tausende von Nonnen und Diakonissen für Pfenninge in Leprosationen in aller Welt arbeiteten. Es sei zu bedauern, dass Albert Schweitzer heute als das Idol der Hilfsbereitschaft hingestellt werde."

Wahrscheinlich, weil die Menschen in Hiroshima die Atombombe "bereits wieder vergessen" haben, geht gerade von Hiroshima aus eine Protestwelle über die ganze Welt gegen die Fortsetzung der Atombombenversuche. Dass Nonnen und Diakonissen in Leprosationen aller Weltteile arbeiten, hat noch niemand bestritten. Albert Schweitzer aber als "evangelischer Freimaurer des Sozialismus" zu bezeichnen, grenzt an die krankhaften Formulierungen in der Rede eines Joseph Goebbels.

Warum wir diesen Vorfall registrieren? - Nicht weil wir meinen, dass man einen Pater Leppich gegen Albert Schweitzer stellen könnte. Das geht einfach nicht. Wir tun es deswegen, um das Gewissen gegen die Ausbreitung von Gemeinheiten wachzuhalten.

+ + +

Zusammengebrochene Hetze gegen Willy Brandt

sp - Seit vielen Monaten stand der Regierende von Berlin, Willy Brandt, im Mittelpunkt einer gegen ihn gerichteten Hetze des früheren Innensenators von West-Berlin, Hermann Fischer, die sich auf den mehrjährigen Aufenthalt Willy Brandts während der Zeit des Dritten Reiches in Norwegen und Schweden bezog. Das Ziel dieser Kampagne war klar: der Nachfolger Ernst Reuters und Otto Suhrs auf dem Stuhl des Regierenden in Berlin sollte als politischer Emigrant diffamiert und als Politiker unmöglich gemacht werden. Dunkelmänner aus dem Sumpf des Berliner Agentennetzes wurden von fragwürdigen und im Hintergrund wirkenden Existenzen als Helfershelfer in dieser hässlichen Jagd auf Willy Brandt losgelassen. Der seinerzeit viel gemaachte Nachrichtensagent Stephan - der die Schroth-Scharley-Affäre inszeniert hatte und dafür von Bonner höchsten Stellen 2000,- RM als Belohnung erhielt - wurde hier eingespannt wie mancher andere auch. Einige davon weigerten sich, dieses üble Spiel gegen einen anerkannten Politiker mitzumachen. Unwidersprochen blieb auch im Prozess gegen Stephan die Behauptung eines Zeugen der Verteidigung, er habe als seinerzeitiger Mitarbeiter der "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit" den Auftrag erhalten, Material über den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner aus dem Osten zu sammeln und ihn zu "beschatten". Dieser Mann - Ehre sei seinem Namen - gab den Auftrag zurück.

Der frühere Innensenator Hermann Fischer, jetzt Mitglied der Freien Volkspartei, spielte hier eine höchst undurchsichtige Rolle, die Willy Brandt veranlasste, gegen ihn ein Klageverfahren vor der Vierten Zivilkammer des Westberliner Landgerichtes einzuleiten. Hier das Urteil: "Bei Vermeidung einer Geld- und Haftstrafe ist es Fischer verboten, herabsetzende, unrichtige und verleumderische Behauptungen über die Emigration Willy Brandts und sein Verhalten in der Emigration aufzustellen". Es gab viele Indizien dafür, dass die Hetze gegen Willy Brandt nur der Auftakt zu einer Kampagne gegen alle politischen Emigranten und aktiver Hitlergegner sein sollte. Dieser Hetze ist nun durch das Berliner Urteil vorläufig der Boden entzogen worden.

In den skandinavischen Ländern, in denen der jetzige Regierende von Berlin viele persönliche Freundschaften besitzt und hohes Ansehen ob seiner einwandfreien Haltung während der Kriegszeit und seiner tätigen Hilfsbereitschaft in den Jahren darauf genossen, wurde der Prozess mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Schon lange vor dem Urteil schrie die Stockholmer Zeitung "Expressen": "Ein guter deutscher Demokrat und Patriot, ein Ehrenmann, den zum Freund zu haben man in Skandinavien stolz ist, ist seit einigen Wochen einer Schmutzkampagne ausgesetzt und man hat Grund zu der Befürchtung, dass die Hetze in einem grösseren Zusammenhang gesehen werden muss; die Kampagne gilt all den ehrlichen deutschen Demokraten, die ausserhalb der Grenzen Nazi-Deutschlands die Hitlerdiktatur bekämpft haben". Noch deutlicher gab ihrem Unmut und ihrer Unruhe das Osloer "Arbeiterbladet" Ausdruck: "... dass es tief verstimmend ist, Zeuge dessen zu sein, dass Politiker, die den Terror in Deutschland zu entkommen vermochten, und die zurückkehrten, um am Aufbau einer demokratischen Ordnung teilzunehmen, jetzt durch ihre eigenen Landsleute beschmutzt werden".

Möge das Berliner Urteil den Verleumdern und solchen, die es noch werden wollen, eine Warnung sein.

+ + +
Verantwortlich: Ginter Markscheffel